

hilfsbereiter Wissenschaftler. Sein letztes großes Werk, das in methodischer Genauigkeit seinen früheren Veröffentlichungen nicht nachstand, bildete die Herausgabe des zweibändigen Sammelwerks über Kardinal Bertram (1992/94), der ihn damit sein ganzes wissenschaftliches Leben begleitet hatte. Ganz überraschend starb er in seinem Haus in Königswinter-Irenbach am 1. Juli 1995.

Bernhard Stasiewski war Mitglied in 17 kirchlichen und wissenschaftlichen Institutionen. Als kultivierter und lebenswürdiger Mensch verstand er es leicht, im In- und Ausland Kontakte herzustellen, Forschungen anzuregen und besonders junge Wissenschaftler interdisziplinär zu fördern. Bewahrung und Weitergabe von Kulturgut verstand er als lebendigen Dienst für das Hier und Jetzt, wobei er seine wissenschaftliche Aktivität als priesterliche Aufgabe in der Welt auffaßte. Als Kleriker mit kirchlicher Gesinnung überzeugend, als Lehrer und Prüfer trotz hoher Ansprüche beliebt, vermochte er durch die Lebendigkeit der Wissensvermittlung Freude an der Theologie und Wissenschaft zu vermitteln. Für die dort geleistete Arbeit wurde er sowohl von Kirche und Staat als auch von der Wissenschaftswelt hochgeehrt. 1969 ernannte ihn der Papst zu seinem Hauskaplan (Monsignore), 1975 zum Päpstlichen Ehrenprälat und 1993 zum Apostolischen Protonotar. 1971 erhielt er für sein wissenschaftliches Werk das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und 1986 das Große Verdienstkreuz. Seine Leistungen um die ostdeutsche Forschung wurde durch die Verleihung der Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht (1977), des reich dotierten Georg-Dehio-Preises für Kultur- und Geistesgeschichte (1981) sowie der St. Hedwigs-Medaille des Bistums Breslau in der Vertreibung (1985) gewürdigt. Sein Heimatbistum Berlin, dessen Bildungsarbeit er jahrzehntlang leitete und begleitete, verlieh ihm 1989 die Petrus-Medaille.

Kommissionsverlag: Elwertische Universitäts- und Verlagsbuchhandlung  
Rietzgasse 7/9, 35037 Marburg (Lahn)

Manuskriptensendungen sind zu richten an:  
Dr. Dieter Heckmann, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstraße 12-14, 14195 Berlin, oder  
Dr. Klaus Neitmann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, An der Orangerie 3, 14469 Potsdam

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in  
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz  
und Beihilfe des Herder-Instituts e. V.

Herstellung: Stahlinger Satz GmbH, 35305 Grünberg

# PREUßENLAND

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND  
WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN  
DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 43/2005

ISSN 0032-7972

Nr. 2

## INHALT

*Bernhart Jähmig*, 750 Jahre Königsberg, S. 49 – *Horst Dauer*, Der Landsitz des Fürsten Leopold Maximilian von Anhalt-Dessau (1700–1751) in Ostpreußen, S. 55 – *Stefan Samerski*, Prof. Dr. Dr. Bernhard Stasiewski (1905–1995), S. 77.

## 750 Jahre Königsberg

Bericht über die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreussische Landesforschung vom 27. bis 29. Mai 2005 in Göttingen

Von Bernhart Jähmig

Die Anfänge von Burg und Stadt Königsberg im Jahre 1255 waren Anlaß für die Historische Kommission, ihre Jahrestagung der 750jährigen Geschichte ihrer Gründungsstadt zu widmen. Vor rund 50 Teilnehmern eröffnete der Vorsitzende die Tagung und erinnerte an die Bedeutung, die Göttingen in der Vergangenheit für die Arbeit der Kommission gehabt hatte. Da ergänzend zu den vom Vorstand geplanten Vortragsthemen sich eine Reihe von Kollegen mit weiteren Themen angeboten hatte, war ein sehr dichtes Programm mit 16 Vorträgen entstanden, das dank der Disziplin aller Beteiligten gut bewältigt wurde.

Im Eröffnungsvortrag führte Dieter Heckmann, Berlin, über „Königsbergs Wandel vom preußischen Außenposten zum Mittelpunkt (1255–1466)“<sup>1</sup> aus, daß im Jahre 1255 Deutschordensbrüder auf dem Tuwangsthügel in verkehrsgünstiger Lage die Schutz- und Trutzburg Königsberg anlegten, die ihren Namen zu Ehren König Ottokars II. von Böhmen erhielt, der wesentlich zur materiellen Erstaussstattung beigetragen hatte. Die Burg entwickelte sich bald zur Keimzelle für die Altstadt, den Löbenicht und den Kneiphof sowie für das Bistum Samland. Zum Aufblühen der städtischen Siedlungen nach der Niederschlagung der letzten heidnischen Widerstände leistete das Marschallamt des Deutschen Ordens einen erheblichen Beitrag, denn die Königsberger Burg war das logistische Zentrum für die bis ins frühe 15. Jahrhundert andauernden Kreuzzüge des europäischen Adels gegen die heidnischen Prußen und Litauer. Mit der

<sup>1</sup> Diese und die folgenden Zusammenfassungen beruhen zumeist auf den Angaben der Redner.

gang detailliert beschreiben und dabei auf Veränderungen der Planungen hinweisen, die – ähnlich wie beim Berliner Schloß unter Schlüter – auf ein Turmunglück zurückzuführen waren.

Christofer Herrmann, Allenstein/Olsztyn, ging daraufhin auf die Anfänge des Königsberger Dombaus ein. Nachdem in Fischhausen (Schonewik) und der Königsberger Altstadt erste, architektonisch bescheidene Vorgängerbauten errichtet worden waren, begann 1327 der Neubau des Königsberger Doms auf der Insel Kneiphof. Der erste Plan sah einen wehrhaften Sakralbau vor, von dem die Ostrwand des Chors auch vollendet wurde. Nach einem Einspruch des Deutschen Ordens wurde der Dom nach 1333 ohne wehrhafte Elemente fortgesetzt. Er erfolgten danach noch mehrere Planwechsel, bis der Bau um 1360 vollendet war.

Eine lebhaft diskutierte Dissertation rief Stefan Jaster, Hannover/Görlitz, hervor, der das Kernstück seiner inzwischen abgeschlossenen medizinischen Dissertation vorstellte, indem er über „Die psychiatrische Krankheit Herzog Albrecht Friedrichs – Neue Fakten und Erkenntnisse“ sprach. Er kam zu der Feststellung, daß nach einer Durchmusterung umfangreicher Aktenbestände die sogenannte Krankheit des jungen Herzogs als konstruiert angesehen werden könne, wobei die Verhaltensmuster durchaus als Sinn- und Lebenskrise Herzog Albrecht Friedrichs interpretiert werden können. Im Rahmen eines politischen Ränkespiels um die Macht im Herzogtum zwischen Räten, Ständen und Georg Friedrich gewann dieser durch Zahlung erheblicher Gelder an den polnischen König, aber auch an die preußischen Adligen die Kuratel, weil er durch Auftragsgutachten der von ihm besoldeten Ärzte Albrecht Friedrich für unheilbar krank erklären ließ und nur diese Meinung öffentlich bekannt machte.

Es folgten vier kulturgeschichtliche Beiträge zur frühen Neuzeit Königsbergs. Zunächst stellte Bernhart Jähmig, Berlin, die Königsberger Gesellschaft im Spiegel der Gelegenheitsmusiken von Johannes Stobäus (1580–1646) vor, indem er die Titelblätter von sechs Stimmbüchern aus der Königsberger Staats- und Universitätsbibliothek auswertete, um die örtliche und vor allem soziale Herkunft der Auftraggeber zu bestimmen. Stobäus, zunächst Domkantor, die längere Zeit über Hofkapellmeister, war als Auftragnehmer für die Komposition von Musiken zu Hochzeiten, Beerdigungen und anderen Gelegenheiten sehr beliebt. Vor Gelehrten und Pfarrern waren Angehörige der Königsberger politisch und wirtschaftlich führenden Schichten zu nennen. Ähnlich war es bei den nicht wenigen Auftraggebern außerhalb der Residenzstadt. Adel und Handwerk sind kaum vertreten.

Der Schweizer Kollege Hanspeter Marti aus Engi/Glarus stellte die Projekte seiner Arbeitsstelle für Kulturwissenschaftliche Forschungen zur Albertina vor. Er berichtete über den Aufbau einer Datenbank von Königsberger Dissertationen der frühen Neuzeit (1544–1799). Den Grundstock bildeten die rund 2000 bibliographischen Einheiten des 17. Jahrhunderts, die Manfred Komorowski (Duisburg) gesammelt hat und die laufend durch zusätzliche Angaben, vor allem durch zusätzliche Standortbibliotheken ergänzt werden. Inzwischen umfaßt die Bibliographie etwa 3500 Titel, darunter auch Königsberger Dissertationen des 18. Jahrhunderts. Sie erschließt den zahlenmäßig größten Teil der frühneuzeitlichen Königsberger Buchproduktion, macht eine der

51

Kathedrale (Dom), die bald nach 1330 auf der Insel Kneiphof entstand, wurde Königsberg geistiger und kultureller Mittelpunkt im nordöstlichen Preußenland. Nach Beendigung der Kreuzzüge gelang es den drei Städten im Verlauf des 15. Jahrhunderts, sich stetig größer werdende Anteile am Handel mit Litauen zu sichern. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der städtischen Bewohnerschaft.

Anschließend stellte Grischa Vercaemer, Berlin, einen Ausschnitt seiner werdenden Dissertation vor, indem er über die „Siedlungsentwicklung in der Komturei Königsberg am Beispiel der Familie Perbandt zur Zeit des Deutschen Ordens“ sprach. Er bezieht sich auf die Feststellung, daß der Deutsche Orden im Samland als ein Teil der Komturei Königsberg auf eine kompakte preußische Besiedlung stieß. Die Siedlungsentwicklung ließ sich gut am Beispiel einer preußischen Familie verdeutlichen, die in der frühen Neuzeit zu den Adligen der Region gezählt wurde. Die Perbandts zeigten bereits in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts deutliche Adelskennzeichen. Sie traten als Lokatoren auf, sie verfügten über umfangreiche Landbesitzungen, deren Zins-einkünfte ihnen schließlich sogar das Stiften und Ausstatten einer Vikarie erlaubten, und spielten in der politischen Landschaft eine erhebliche Rolle.

Radoslaw Biskup, Thorn/Toruń, berichtete aus seiner inzwischen abgeschlossenen Dissertation und sprach über Königsberg als Sitz des samländischen Domkapitels. Dieses, das zum ersten Mal 1285, endgültig 1294 gegründet wurde, spielte im religiösen Leben die entscheidende Rolle. Durch die Übertragung des Patronats an der altstädtischen Pfarrkirche St. Nikolaus gewannen die Domherren ihren festen Sitz. Als Hochmeister Luther von Braunschweig den Dom als Kneiphof-Pfarrkirche unter dem Patronat der Domherren stiftete, stärkte das die Stellung des Domkapitels in der Stadt. Für das Domkapitel sind während seines Bestehens von 1285 bis 1525 131 Kanoniker nachweisbar. Es bewahrte seine Stellung in Königsberg bis zur Reformation.

Es folgten drei Vorträge zur mittelalterlich-frühneuzeitlichen Architekturgeschichte. Es begann Tomasz Torbus, Leipzig, indem er auf dem Hintergrund seines umfangreichen Werkes über die Konventsburgen des Deutschen Ordens nunmehr über die Anfänge der Königsberger Burg berichtete. Er befaßte sich mit der Rekonstruktion dieser Ordensburg in Anlehnung an die bisher einzige Baumonographie von Friedrich Lahrs (1956). Einmalig in der Mitte der Vorburg und ohne von innen durch Graben getrennt war das Konventshaus ein langgezogenes Rechteck mit drei oder vier ausgebauten Flügeln. Es ist etwa in die Jahre 1270–1312 zu datieren und gehört zusammen mit Elbing, Marienburg I, Brandenburg und Lochstedt zum Bautypus der sogenannten Hauffburgen. Weiterhin wurden der monumentale Ausbau der Vorburg zum Marschallsitz seit 1312 und der Hochmeisterresidenz nach 1457 mit Fürmarie, Marschallsbau und Annenkapelle behandelt.

Anschließend gab Wulf Wagner, Berlin, eine Zusammenfassung seiner fast abgeschlossenen Dissertation über das Königsberger Schloß von der Herzogszeit bis zum Baustop des Barockflügels im Jahre 1713. Anhand neuer Forschungen konnte er nachweisen, daß vor allem im 17. Jahrhundert unter dem Großen Kurfürsten umfangreiche Baumaßnahmen, frühe Beispiele des niederländischen Barock, durchgeführt wurden. Auch für den Barockbau unter Friedrich I. konnte der Redner erstmals den Bauvor-

welchem Umfange Stüler daran beteiligt war“, sondern auch, „ob die von ihm bearbeiteten Zeichnungen wirklich zur Ausführung gekommen sind“, erlauben die wiederentdeckten Handzeichnungen erstmals differenzierte Aussagen zum Entstehungsprozess der Entwürfe und zum Anteil der Festungsbaingenieure, des Hofarchitekten und auch des Königs an der architektonischen Gestaltung der Tore und ihrer Ausstattung mit Bauplastik.

In das 20. Jahrhundert führte Lutz Oberdörfer, Greifswald, mit seinem Vortrag „Die ostpreussische Presse vor dem Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung außenpolitischer Berichterstattungen und Bewertungen im Vorfeld und während der Julikrise von 1914“. Er charakterisierte Königsberg mit seinen sechs Tageszeitungen als Zeitungshauptstadt Ostpreußens, daneben gab es flächendeckend für die ganze Provinz mittlere und kleine Lokalblätter. Qualitativ führend war als eine der ältesten Zeitungen Deutschlands die Königsberger Hartungse Zeitung, die politisch linksliberale Positionen vertrat. Darüber hinaus war die Entwicklung zur Gesinnungs- bzw. Meinungspresse stark, so daß bei der Bewertung von Innen- und Außenpolitik alle wesentlichen politischen Lager mit einer eigenen Zeitung vertreten waren. Dies zeigte auch die Betrachtung der Ereignisse um die Julikrise. Auflagenstärkstes Blatt war die nationalliberale Königsberger Allgemeine.

In die Zeit nach dem Weltkrieg ging Rikako Shindo, Berlin/Kyoto, indem sie über die Aufgabengebiete des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen während der Weimarer Republik sprach. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Zuständigkeit des Oberpräsidenten im Hinblick auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Führung in der Wirtschaftspolitik der abgetrennten Provinz erweitert. Diese Tatsache ist aus den Leitsätzen des Ostpreußenprogramms 1922 bekannt. Die innenpolitischen Hintergründe und die außenpolitischen Folgen der Zuständigkeitsweiterung wurden hergestellt. Zum einen handelte es sich um einen politischen Machtkampf zwischen dem republikanischen Oberpräsidenten und den rechtsstehenden Kreisen um die Führung der Verwaltung der Provinz. Zum anderen nutzte Oberpräsident Siehr den ihm eingeräumten Handlungsspielraum für die Ostpolitik Deutschlands, was in der Forschung bisher nicht beachtet worden sei.

Die Vortragsfolge wurde von Bert Hoppe, Berlin, beschlossen, der unter dem Thema „Königsberg-Kaliningrad – Abbruch oder Kontinuität?“ an das Ende eines deutschen Königsberg führte. Er zeigte, daß die Geschichte der Stadt im 20. Jahrhundert sowohl in der deutschen als auch in der sowjetischen bzw. russischen Öffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten meist vorrangig unter einem „eindimensionalen“ Blickwinkel betrachtet wurde, indem die Zäsur von 1945/48 selten übersprungen werde. Dabei vertritt gerade ein integrierender Blick auf die Geschichte der Stadt im 20. Jahrhundert einen wesentlichen Erkenntnisgewinn: Königsberg/Kaliningrad werde als Stadt erkennbar, an der sich beispielhaft die ethnischen Konflikte in den Grenzregionen Ostmitteleuropas ablesen lassen. Es ging um einen Diskurs, der sowohl im deutschen Königsberg als auch im sowjetischen Kaliningrad vorherrschend war, daß die Stadt die Rolle eines nationalen Vorpostens spiele, der durch aggressive Bestrebungen seiner feindlichen Nachbarn bedroht sei. Dies prägte die politische Kultur in Königsberg/

wichtigsten unterrichtsgeschichtlichen Quellengattungen besser zugänglich und leistet einen Beitrag zur preussischen Familiengeschichtsforschung.

Unter der Frage „Bibliologia in Königsberg?“ unterrichtete Renate Knoll, Münster, über Michael Lilienthals Beitrag zur europäischen Gedächtniskultur der Frühen Neuzeit. Lilienthals Briefwechsel mit dem Handschriften- und Büchersammler Zacharias Conrad von Uffenbach in den Jahren 1727–1732 zeigt den Königsberger Theologen, der um Büchertausch bemüht war, in seinen musealen und bibliophil-ästhetischen Interessen als Gelehrten im Sinne von Uffenbachs Tübinger Freund Johann Jacob Moser (Verbindung von polierter Vernunft und Öffnung der Augen durch den Geist Gottes): „Beytrag/ zu einem/Lexico/der jetztlebenden/Lutherisch= und Reformirten/Theologen“ (1740). In historischem Tiefgang wird so zwischen den gefragten Frankfurter Juden (als Antiquitäten) und den Königsberger Rabbiniten ein Band sichtbar, das weitere Aufmerksamkeit verdient.

Joseph Kohnen, Luxemburg, stellte den älteren Theodor Gottlieb von Hippel (1741–1796) als Bürgermeister von Königsberg (1780–1796) vor. Nach einer knappen Charakterisierung seines literarischen Werks wurden Weg und Leistung des Königsberger Bürgermeisters als gewissenhaften Spitzenbeamten des aufgeklärten Absolutismus dargestellt. Als 1780 das Amt des Ersten Bürgermeisters neu zu besetzen war, wurde wegen des erheblichen Schlendrians in der Königsberger Stadtverwaltung auf Betreiben des Kammerpräsidenten Domhardt und des Ministers Gaudi nicht der Rangnächste, sondern der unbelastete Hippel als Nachfolger vom König eingesetzt. Es wird gezeigt, wie sich Hippel mit fester Hand gegen alle Anfeindungen in der Stadt durchsetzte. Verbesserungen führte er beim Polizeiwesen, beim Feuerlösen, beim Straßenbau, im Elementarschulwesen, bei der Armenfürsorge und der Pflege öffentlicher Parkanlagen herbei. Seine verschiedenen Aufgaben nötigten ihn auch zu zahlreichen juristischen Arbeiten.

Die frühe Neuzeit wurde von einem wirtschaftsgeschichtlichen Beitrag beschlossen, indem Andrzej Groth, Danzig/Gdańsk, über den Königsberger Hafen und sein Hinterland sprach, das aus den Einzugsgebieten von Pregel und Memel bestand, während die westlichen Teile des Herzogtums Preußen auf Elbing und Danzig hin orientiert waren. Der Handelsplatz Königsberg hatte sich an der Kreuzung der Hauptverbindungen zwischen Natangen und dem Samland mit dem Weg von der Ostsee pregelaufwärts nach Litauen entwickelt. Neben den Wasserwegen hatten auch die Wege zu Lande eine größere Bedeutung. Das erste Viertel des 16. und das Ende des 18. Jahrhunderts waren die Höhepunkte des Königsberger Handels.

Angesichts des vollen Programms mußte das 19. Jahrhundert mit einem Vortrag auskommen. Heinrich Lange, Berlin, stellte „Die neugotischen Stadttore von Königsberg – Friedrich August Stülers Entwürfe im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz“ vor. Stülers Fassadenentwürfe der Jahre 1846–1860 sind erhalten, wurden jedoch in der bisherigen Fachliteratur gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Für sechs der sieben Tore im neugotisch-romantischen Stil liegen Handzeichnungen von Stüler vor. Während bisher auch für die Stadttore die nach dem Tode Stülers getroffene Bewertung der Redaktion der Zeitschrift für Bauwesen zu den Entwürfen der Architekten im allgemeinen gilt, nämlich daß es „zweifelhaft“ bleibe, „nicht nur in

Kaliningrad im sog. „kurzen 20. Jahrhundert“ wesentlich und wurde erst mit dem Systemwechsel in Ostmitteleuropa und der endgültigen Anerkennung der Grenzen überwunden.

#### *Aus der Mitgliederversammlung 2005 in Göttingen*

Der Vorsitzende konnte 20 ordentliche Mitglieder und ein korrespondierendes Mitglied im Sitzungssaal des Hotels Eden begrüßen.

Aus dem Tätigkeitsbericht: Lieferung 2 des Bandes 5 der Altpreußischen Biographie ist in die Kalkulation gegangen. – Beim Quellen- und Arbeitsbuch „Preußen im Mittelalter“ hat Herr Freiwald die Vollendung des Beitrags Dolezel übernommen. Über das weitere Vorgehen hat der Vorstand künftig zu beschließen. – Frau Löffler bearbeitet den dritten und abschließenden Band ihrer Inventarisierung der liturgischen Pergamentfragmente des Historischen Staatsarchivs Königsberg. – Herr Sarnowsky berichtet über den Fortgang der Sammlung für das Virtuelle Preußische Urkundenbuch. – Der Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz berichtete brieflich, daß inzwischen Ulrich Kober die Fortsetzung des 7. Bandes des Preußischen Urkundenbuchs übernommen habe. – Herr Sarnowsky berichtet ferner über den Stand der auf vier Bände geplanten Edition der Schulbücher und Rechnungen der Großschäffer des Deutschen Ordens. Der erste Band, der den Ordensfolianten 141 enthält, wird, ist im Manuskript abgeschlossen. – Herr Goltz berichtet, daß beim Preußischen Wörterbuch zuletzt durch eine Projektförderung das Manuskript abgeschlossen werden konnte und die Lieferungen 9 und 10 des 1. Bandes erschienen sind. Zwei weitere Lieferungen seien für 2005 vorgesehen. Das Wörterbucharchiv mit allen Sammlungen hat der Deutsche Sprachatlas in Marburg/Lahn übernommen. – Von der Bibliographie zur Geschichte Ost- und Westpreußens hat das Herder-Institut um die Jahreswende 2004/05 die Umbruchkorrektur für das Berichtsjahr 1998 zur Durchsicht auf elektronischem Wege vorgelegt. – Als neues Arbeitsvorhaben haben Marie-Luise und Dieter Heckmann die Edition der Chronik vom „Bund und Vereinigung wider Gewalt und Unrecht“ in Angriff genommen. – In der Reihe der Tagungsberichte der Historischen Kommission ist Band 18 „Die landesgeschichtliche Bedeutung der Königsberger Königskronung von 1701“ erschienen. Von den drei weiteren Bänden, nämlich 19 „Danzig vom 15. bis 20. Jahrhundert“, 20 „Preußens erstes Provinzialarchiv“ und 21 „Migration und Integration“ sind die eingegangenen Manuskripte redaktionell bearbeitet, Band 21 wird voraussichtlich noch 2005 erscheinen und an die Mitglieder verschickt werden. Band 20 ist aus einem Kolloquium hervorgegangen, daß das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz mit der Kommission anlässlich der Gründung des Staatsarchivs Königsberg 1804 durchgeführt hatte.

Die Mitgliederversammlung wählte den Mediavisten Prof. Dr. Maksymilian Grzegorz (Thorn/Bromberg) zum korrespondierenden Mitglied. Die Kommission hat damit ein Ehrenmitglied, 75 ordentliche und 20 korrespondierende Mitglieder sowie ein förderndes Mitglied.

Die Kommission bereitet eine weitere Tagung zum Rahmenthema „750 Jahre Königsberg“ vor, die im Oktober 2005 mit der Historischen Fakultät der Kant-Universität Kaliningrad in deren Räumlichkeiten veranstaltet wird.

Die nächste Jahrestagung wird anlässlich des 150jährigen Bestehens des Historischen Vereins für Ermland in Verbindung mit diesem und weiteren polnischen Partnern in Allenstein und Frauenburg im September 2006 durchgeführt werden.

## Der Landsitz des Fürsten Leopold Maximilian von Anhalt-Dessau (1700–1751) in Ostpreußen

Versuch einer typologischen Zuordnung

Von Horst Dauer

Im Jahre 1721 erwarb Fürst Leopold von Anhalt-Dessau im durch die Pest und Pockenepidemie 1709/1710 und 1711 teilweise verwüsteten Ostpreußen, in der Region um Insterburg und Wehlau, einige Güter mit Landbesitz in Bubainen, in Schwägerau-Wienpinken, in Woynothen, in Metschullen und den Krug Auer. Er folgte damit der Empfehlung bzw. dem Wunsch seines Gebieters, des Königs Friedrich Wilhelm I. von Preußen (1713–1740), als er diesen auf der Reise jenes Jahres nach Oletzko begleitete, um an der Reform-Konferenz Preußens teilzunehmen. Diese verfolgte die Absicht, die gesamte Landes- und Justizverwaltung, welche bis dahin im Hauptamt Insterburg vereinigt war, aufzuspalten, was vom König 1723 wirklich vollzogen wurde. Die 1722 gegründete Stadt Gumbinnen wurde 1726 Sitz der Landesverwaltung, während die Justizverwaltung (als Hofgericht) in Insterburg verblieb. Auf diese, durch die Verwaltungsreform von 1722/23 verbesserte Verwaltungsorganisation mit Einrichtung von Kriegs- und Domänenkammern als territorialen Behörden ging kürzlich Günter Bayerl bei der Darlegung der industriellen Entwicklung in Preußen ein<sup>1</sup>. Von Mai bis Juli 1721 sowie darüber hinaus bis 1724 schloss der Fürst über jene Güter Kaufkontrakte ab, die sich aufgrund alter Gläubiger oder belastender Verpflichtungen der Besitzter gegenüber der Kirche Norkitten, schwierig gestalteten. Die Kirchengemeinder erhielten von den Bubainenschen Gütern Gelder von 1678 bis 1718 bzw. 1721. Fürst Leopold hatte die gebieterische Absicht zu verfolgen, die entsprechenden Landesteile

<sup>1</sup> Heinrich Silbergleit: Preußens Städte, Berlin 1908, S. 68–70, 76–78; gewisse Umwandlungen betrafen auch die Stadt Königsberg bis 1724. – Vgl. Günter Bayerl: Manufakturwesen und Industrialisierung in Preußen vom 16.-19. Jahrhundert, in: Ortstermine. Stationen Brandenburg-Preußens auf dem Weg in die moderne Welt. Teil der Gemeinsamen Landesausstellung Berlin und Brandenburg. PREUSSEN 2001, hg. vom Museumsverband des Landes Brandenburg e.V., Potsdam 2001, S. 39–62, hier S. 50. Zu den vielfältigen Maßnahmen der Verwaltungsreform des Königs im Herzogtum Preußen und Anstiedlung entvölkerter Gebiete vgl. Hartmut Boockmann: Ostpreußen und Westpreußen (Deutsche Geschichte im Osten Europas), Berlin 2. Aufl. 1992, S. 310f. – Vgl. auch Adolf Boetticher, Die Bau- und Kunstdenkmäler in Litauen (s. unten Anm. 5).